

NOVEMBER '17 / NR. 4

RUNDBRIEF

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN LUZERN



30
GRÜNE
JAHRE
KANTON LUZERN

- › **THEMA:** HERAUSFORDERUNG DIGITALE WELT 3
- › **ABSTIMMUNGEN:** DIE STÄDTISCHEN ABSTIMMUNGEN VOM 26. NOVEMBER 11
- › **JUBILÄUM:** 30 JAHRE GRÜNE LANDSCHAFT 13

INHALT

Thema

Herausforderung Digitale Welt	3
----------------------------------	---

Stadt Luzern

Rückblick Abstimmungen	10
Städtische Abstimmungen	11

Kanton Luzern

30 Jahre Grüne Landschaft	13
30 Jahre Grüne Kanton Luzern	14

Junge Grüne

Velolove	16
----------	----

Internes

Abschied Marco Müller	17
-----------------------	----

Ortsgruppen

Emmen	18
Sursee	19

Agenda/Parolen	20
----------------	----

IMPRESSUM

Rundbrief 4/17
Informationsbulletin der
Grünen des Kantons Luzern
Redaktion: Geschäftsleitung Grüne
Druck: SWS Medien AG Print
Gestaltung: Thomas Küng, kuenggrafik.ch
erscheint 4 x jährlich
Auflage: 2400
Inserate: sekretariat@gruene-luzern.ch

Kontakt: Sekretariat Grüne Partei Luzern
Brüggligasse 9, Postfach 7359
6004 Luzern
Tel. 041 360 79 66
Email: sekretariat@gruene-luzern.ch
Web: www.gruene-luzern.ch
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Titelbild: Ruth Bollinger

EDITORIAL



Du hältst die letzte Ausgabe des Rundbriefes in unserem Jubiläumsjahr 2017 in den Händen. Mit einer Reihe von festlichen, kreativen, rück- und ausblickenden Veranstaltungen haben wir das 30-jährige Bestehen der Grünen Partei im Kanton Luzern ausgiebig gefeiert. Die Grünen Luzern sind nicht bloss nur «altehrwürdig», sondern immer noch die treibende politische Bewegung für einen intakten Lebensraum Luzern.

Bisherige Höhepunkte waren unter anderen unser gemeinsames Jubiläumsfest auf der Allmend oder die geballte Ladung Kreativität im Kreise der Grünen, welche sich an unserer Kunstausstellung manifestiert hat. Fotografische Eindrücke von diesen zwei Anlässen finden sich auf den Seiten mit dem gewohnt «goldigen» Rand.

Unser Jubiläumsjahr hat uns viel Engagement und Kraft abverlangt. Belohnt wird dies mit Zuspruch, neuen Ideen und viel Schwung. Diesen Schwung werden wir im neuen Jahr für die Vorbereitung der kommenden Wahlen nutzen.

Dieser Rundbrief widmet sich schwerpunktmässig dem Megatrend-Thema «Digitalisierung». Was ist unter diesem vielseitigen Begriff zu verstehen? Und wie wird diese Entwicklung unsere Gesellschaft, Wirtschaft und unseren Lebensraum positiv oder negativ beeinflussen und welche Rolle soll die (grüne) Politik dabei übernehmen? Die Beiträge der Arbeitsgruppe Digitalisierung gehen diesen Fragen nach.

Ich wünsche Dir eine spannende Lektüre. Analog oder digital (auf gruene-luzern.ch).

Maurus Frey
Präsident, Grüne Kanton Luzern

HERAUSFORDERUNG DIGITALE WELT

DIGITALISIERUNG KONKRET: DAS «PROBLEM AIRBNB» LÖSEN, BEVOR ES ZU EINEM WIRD

Immer mehr Menschen leisten sich Ferien, können sich Ferien leisten. Eine Errungenschaft, ein kleiner oder grosser Luxus für die meisten. Aber auch: Ein Luxus mit Schattenseiten. Luzern soll deshalb ein Abkommen mit dem wichtigen Akteur Airbnb anstreben.

Vermehrt vernehmen wir von Protesten und Widerstandsbewegungen in grossen Tourismus-Destinationen; Venedig, Barcelona, Dubrovnik – und es sind noch einige mehr. Die lokale Bevölkerung, oft gegenüber den Touristinnen und Touristen bereits in der Minderzahl, verlangt, dass ihre Stadt nicht zu einem Freilicht-Museum ohne Leben für die Einheimischen wird. «Tourist, go home» liest man in den Strassen Barcelonas beispielsweise.

Diese drastischen und fremdenfeindlichen Töne wollen wir nicht unterstützen. Reisende kommen, um eine andere, ihnen fremde Welt kennenzulernen, und sie möchten die Schönheiten unserer Stadt geniessen. Teilen wir sie mit ihnen! Und trotzdem, auch wir spüren, dass in der Altstadt die Mietpreise steigen und vor allem noch internationale Mode-Labels sowie Uhren- und Schmuckläden sich diese leisten können. Dass die Cars den Schwanenplatz einnehmen. Und vielleicht auch, dass die eine oder andere Wohnung im Zentrum sich vor allem durch Airbnb-Vermietung refinanziert. Die Digitalisierung befeuert die Sharing Economy, das Teilen unserer Güter. Aber daraus soll kein Geschäft auf Kosten der lokalen Bevölkerung werden.

DAS ABKOMMEN BRAUCHT ES JETZT

Die Herausforderungen einer lebenswerten Stadt für Einheimische und Reisende sind vielschichtig. Dementsprechend erfordert ein nachhaltiger Tourismus mit dem Schwerpunkt auf Qualität statt Quantität, wie wir Grüne ihn fordern, das Drehen an vielen kleinen Schraubchen. Eines davon ist Airbnb. SP und Grüne forderten vor einem Jahr per Vorstoss, dass der Kanton die Regulierung von Übernachtungsangeboten angehen soll (Motion 205) – doch der Regierungsrat vertröstete auf später, wenn diverse Punkte auf Bundesebene geklärt seien. Die Grünliberalen (Postulat 107) forderten im Juni den Stadtrat auf, analog dem Kanton Zug ein Abkommen mit Airbnb über die automatische Abrechnung der Kurtaxe abzuschliessen. Die Antwort steht noch aus.

Die Grünen sind der Meinung, dass ein Abkommen mit Airbnb noch viel mehr umfassen soll als nur Kurtaxen. Airbnb – international unter Druck geraten durch Verbote und restriktive Vorschriften in Städten wie Amsterdam und Berlin – bietet einen ganzen Werkzeugkasten für die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand an (die sogenannte «Airbnb Policy Tool Chest»). Andere Städte haben auf dieser Grundlage mit dem Unternehmen ein Abkommen über eine maximale Übernachtungsdauer pro Jahr und Vermietungsobjekt abgeschlossen – Anbietende ohne gewerbliche Bewilligung werden nach Erreichen der zeitlichen Obergrenze automatisch blockiert. Besonders weit geht das Abkommen mit New Orleans: Airbnb schränkt nun dort Angebote in besonders stark touristisch genutzten Quartieren noch stärker ein. Und Airbnb teilt seine Daten: Wer in New Orleans sein Vermietungsangebot auf Airbnb veröffentlicht, wird automatisch bei den Stadtbehörden registriert. So ist sichergestellt, dass die Einnahmen aus der Vermietung korrekt besteuert werden.

Wir Grüne fordern: Damit Luzern weiterhin eine lebenswerte Stadt für die Einheimischen bleibt, die wir gerne auch mit Touristinnen und Touristen temporär teilen, sollen Stadt und auch Kanton die Offensive ergreifen und mit dem wichtigen Akteur Airbnb eine Regulierung anstreben – jetzt.

Rahel Estermann
AG Digitalisierung

HERAUSFORDERUNG DIGITALE WELT

UND WIE GEHT DAS NUN MIT DEM DIGITALEN WANDEL IN LUZERN VORWÄRTS?

Eine «digitale Strategie» und einen «Chief Digital Officer» für Luzern, fordern die Grünen, und dann soll die Stadt auch noch gleich «Smart City» werden. Was soll das genau heissen? Und wieso macht die Digitalisierung eigentlich an der Stadtgrenze halt?

Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen im Grossstadtrat Luzerns fordert die Stadt auf, den digitalen Wandel anzugehen und mitzugestalten. Die Chancen zu nutzen, die Gefahren zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Was heisst es, die Digitalisierung auf kommunaler und kantonaler Ebene umzusetzen? Wie verändert sich unsere Stadt, unsere Umgebung?

Mit der Motion 31 fordern die Grünen und Jungen Grünen im Grossstadtrat, dass Luzern zur «Smart City» wird. Das heisst, dass zum Beispiel die Infrastrukturen zu Energie und Wasser, die Mobilität und weitere Komponenten vernetzt werden, um die Effizienz zu steigern. Es eröffnen sich neue Möglichkeiten, wenn Gebäude Energie intelligent koordinieren können, von der Produktion über die Speicherung bis zur Verteilung. Eine «Smart City» verfügt dementsprechend über ein «Smart Grid» (intelligentes Energie-Netzwerk). Damit lässt sich beispielsweise viel Energie sparen, wenn das Gebäude im Winter nur noch dann beheizt wird, wenn wir wirklich zuhause sind.

Es ist absehbar, dass wir in Zukunft unsere Mobilität ganz anders organisieren. Die Städte als Brennpunkte von Mobilität sind prädestiniert, diesen Wandel anzugehen. Die Stadt Luzern soll als «Smart City» nicht ihre Ressourcen in den Strassenausbau investieren, sondern in die Vernetzung der Verkehrsinfrastrukturen. Dann findet die Car-Chauffeuse auf Anhieb den freien Parkplatz, weil das System sie dahin lotst. Der Tourist bewegt sich dank einer Verkehrs-Gesamtsystem-App mühelos zwischen öffentlichem Verkehr, Velo-Verleih-System und Car-Sharing. Und der Verkehr läuft flüssiger, weil die Infrastruktur flexibel an die Verkehrsströme angepasst wird. Die neue elektronische Busspur auf der Spitalstrasse ist dafür nur ein kleiner Vorgeschmack.

Das Thema «Smart City» anzugehen, bedeutet auch, die kritischen Aspekte der Vernetzung aufzugreifen und Gegenmassnahmen zu ergreifen. So ist es unerlässlich, den Datenschutz zu stärken und partizipative Prozesse zu fördern. Die Bevölkerung, und nicht die Technologie, bestimmt, wie sie das Stadtleben gestaltet – und wo sie technologische Hilfsmittel einsetzen möchte.

EINE NEUE DENKHALTUNG

Eine grosse Chance des digitalen Zeitalters bedeuten «Open Government Data». Das bedeutet: Die Verwaltung stellt ihre für die öffentliche Verwendung geeigneten Daten auf einer Plattform allen Interessierten zur Verfügung. Natürlich, dabei handelt es sich nicht um sensible Daten zum Beispiel aus dem Sozial- oder Gesundheitsbereich. Sondern um allgemeine und nicht auf Einzelne rückführbare Daten über Verkehr, Infrastruktur, Gesamtbevölkerung. Wenn früher das «Luzerner Statistik-Büechli» zur Schullektüre gehörte, weshalb sollen die Luzerner Schüler künftig nicht die öffentlich verfügbaren Daten über die Verkehrsströme in einer elektronischen Karte visualisieren? Und die Schülerinnen programmieren die App, die uns sagt, wie wir in all diesen Verkehrsströmen am schnellsten von A nach B kommen. Zugängliche und maschinenlesbare Daten bedeuten geteiltes Wissen, das verschiedenste Akteure für Innovationen nutzen können. Je «roher» diese Daten sind, das heisst je weniger sie bereits bearbeitet oder aggregiert wurden, desto grösser die Möglichkeiten. «Open Government Data» in der Stadt Luzern, auch das fordert die Fraktion per Vorstoss (Postulat 51).

Damit ist klar: Eine «Smart City» bedeutet nicht einfach nur, dass die Luzernerinnen und Luzerner flächendeckend über öffentliches WLAN verfügen oder dass sie ihre Amtsgeschäfte bequem von zuhause aus organisieren statt am Schalter. Es ist eine Denkhaltung. Und deshalb braucht Luzern eine digitale Strategie, die Chancen und Gefahren antizipiert (Motion 98). Die Ausarbeitung einer solchen Strategie bedeutet eine Investition in die Zukunft. Vorangetrieben von einem «Chief Digital Officer», welcher die Strategie verkörpert und deren Durchsetzung vorantreibt, soll die Stadt sich aktiv am Wandel beteiligen.

UND DER KANTON LUZERN DIGITALISIERT SICH NICHT?

Soweit so gut. Soweit so Stadt! Was passiert eigentlich in den anderen Regionen des Kantons? Wie wir wissen, ist das Klima ausserhalb der Stadtgrenze weniger innovationsfreundlich und empfänglich für fortschrittliche grüne Ideen. Und vom Geld reden wir erst gar nicht... Dabei gibt es viel zu tun! Die Grünen wollen auch auf kantonaler Ebene in den Kampf gegen die Windmühlen steigen und am digitalen Wandel arbeiten. Wir fordern weiterhin ein Öffentlichkeitsgesetz. Einen handlungsfähigen Datenschutzabteilung, die nicht im Daten-Zeitalter immer weniger Ressourcen, dafür immer mehr

Fälle auf dem Pult hat. Die Luzerner Kinder sollen in der Schule nicht nur mit Google, Microsoft und Apple arbeiten, sondern Alternativen kennenlernen. Warum nicht – wie der Kanton Waadt – die IT der kantonalen Verwaltung auf Open-Source-Software umstellen?

Die Grünen Luzern bearbeiten das Thema Digitalisierung in den nächsten Monaten und Jahren schwerpunktmässig. Wir sind die Partei, welche die Digitalisie-

rung als Chance begreift, und trotzdem nicht vergisst: Wir sind Menschen, und es gilt nicht nur unsere Daten und Rechte zu schützen. Sondern auch eine Umwelt zu sichern, in der Analoges wie die Gefühle oder die Natur zentrale Rollen einnehmen.

Rahel Estermann
AG Digitalisierung

Laurin Murer
ehemaliger Grossstadtrat Junge Grüne

HERAUSFORDERUNG DIGITALE WELT

ZUSAMMEN WEITERDENKEN, AUCH WENN NOCH VIELE FRAGEZEICHEN STEHEN

Die Grüne Debatte 2017 fragte: Ist die Digitalisierung eine Chance oder eine Bedrohung für die Menschen? Und warum? Die Grünen fanden darauf spannende, aber auch schwierige Antworten.

Besondere Erwähnung verdient der Weg, den die Grünen beschritten, um die Antworten auf drei abstrakte, grundlegende Fragestellungen zu finden. Die Grünen Schweiz organisierten dafür die «Grüne Debatte» – eine Diskussionsplattform, zu der von Nationalrätinnen bis zu Sympathisanten alle eingeladen waren. Die Debatteveranstaltungen fanden an zwei Daten, im Juni und im September 2017, jeweils in je einer Ausgabe in der Romandie beziehungsweise der Deutschschweiz statt. Die Teilnehmenden diskutierten in je drei Workshops zu den Themen Rechtspopulismus, Umweltschutz und, eben, Digitalisierung. Gemeinsam mit Gerhard Andrey kam mir die Aufgabe zu, zweimal den Deutschschweizer Digitalisierungsworkshop zu moderieren.

Die bunt gemischten Kleingruppen, in denen die Diskussionen stattfanden, führten dazu, dass die Snapchat-Jugend auf die Schreibmaschinen-Generation traf, die Big-Data-Handwerker auf Architektinnen und Pflegenden. Genau diese Mischung macht's! Und sie bannte die Gefahr, in der eigenen Filterblase gefangen zu bleiben. Über alle beruflichen und sozialen Hintergründe hinweg präsent war die Frage nach der Zukunft der Arbeitsplätze: Welche Berufe gibt es in zehn Jahren noch, welche verschwinden oder kommen dazu? Wie verändern sich die Berufsbilder? Und wie rüsten wir die Menschen dafür?

EIN WIEDERSEHEN MIT DEM BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMEN

Die digitale Revolution setzt noch viel grundsätzlichere Fragezeichen. Wieso nicht eine generelle Arbeitszeitverkürzung? Mit welchem Sinn und Zweck arbeiten wir überhaupt noch, wenn immer mehr Maschinen uns die

Aufgaben abnehmen? Sollten wir nicht die Arbeit vom Geld entkoppeln? Immer wieder fiel der Begriff des bedingungslosen Grundeinkommens (auch wenn sich die diskutierten Ansätze in Details unterscheiden: Wie bedingungslos soll es wirklich sein?). Es steht genau für jene Idee, dass es eben die Digitalisierung ermöglicht, uns von langweiligen Arbeiten und lästigen Pflichten zu entbinden. Und wir dafür unsere Zeit für die persönliche Verwirklichung einsetzen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Vorschlag, der eher früher als später wieder in der gesellschaftlichen und politischen Debatte auftauchen wird. Und den die Grünen als bisher einzige Partei unterstützen. Neben dem Grundeinkommen diskutierten die Teilnehmenden auch das Thema Weiterbildung vertieft. Dem Grundsatz des lebenslangen Lernens folgte die Überlegung, dass allen Menschen ein «Bildungskonto» mit einem fixen Betrag für die lebenslange (Weiter-)Bildung zur Verfügung stehen soll.

Doch woher sollen die Milliarden für Grundeinkommen und Bildung kommen? Die Grünen stellten sich auch dieser Frage. Und die Antwort kann nur in unserem Steuersystem liegen. Dieses steht vor der besonderen Herausforderung, dass künftig die Erträge sich immer weniger in Arbeitseinkommen niederschlagen, sondern in den Erträgen und Gewinnen von Unternehmen anfallen, die mit immer weniger Angestellten, dafür vergleichsweise günstigen und produktiven Maschinen hocheffizient wirtschaften. Es gilt also, das Steuersystem so umzubilden, dass einerseits die Erträge und Gewinne wieder besser und vermehrt abgeschöpft werden. Und andererseits, dass diese meist sehr mobilen Unternehmen nicht vom einen Steuerschlupfloch zum nächsten hüpfen, sondern überall dort Steuern bezahlen, wo sie wirtschaften. Auf internationaler Ebene ist der Lösungsansatz derzeit, den Erhebungsprozess der Mehrwertsteuer genau diesen Bedürfnissen anzupassen. Weitere Antworten darauf, wie wir künftig unseren Staat finanzieren, waren die Finanztransaktionssteuer

oder eine vermehrte Besteuerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen. Wie immer liegt die grösste Herausforderung bei Steuerthemen aber nicht in der Konzeption des Steuersystems, sondern im politischen Prozess für dessen Umbau: Wer vertritt schon gerne neue Steuern? Und ist dabei auch noch erfolgreich?

OPEN SOURCE – WAHRLICH EINE GRÜNE IDEE!

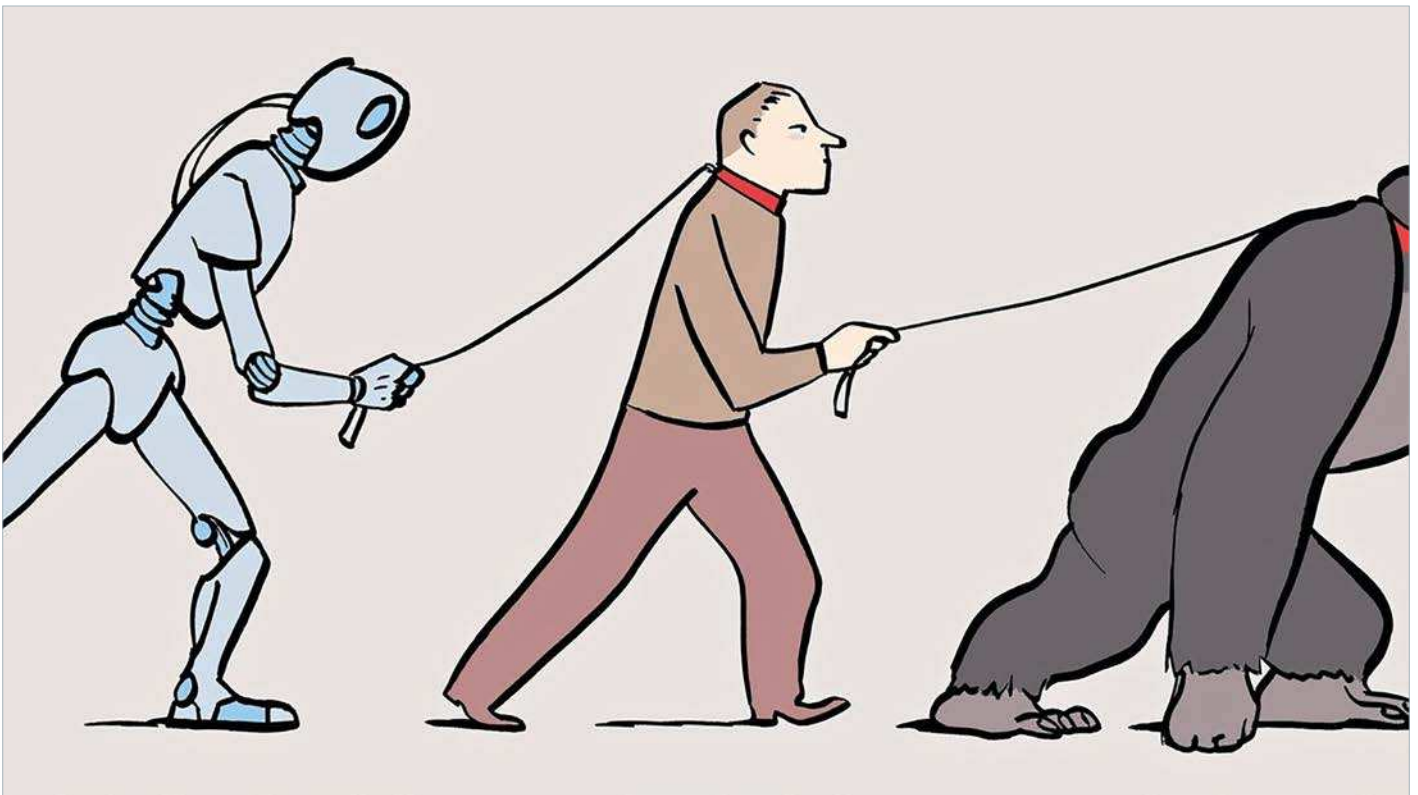
Zum Thema Digitalisierung gehören neben wirtschaftlichen auch die netzpolitischen Aspekte. Die Grünen haben sich dabei in den letzten Jahren als Themenführende behauptet, weil sie als erste über ein Positionspapier zur Netzpolitik verfügten. Und nicht zuletzt auch, weil sie mit Balthasar Glättli den kompetentesten nationalen Netzpolitiker in ihren Reihen wissen. Die Grünen haben an den Debattentagen vor allem darüber diskutiert, wie die Stellung der Individuen und der Schutz ihrer Daten im Internet gestärkt werden kann. Transparentere und einfacher lesbare AGB, eine von der öffentlichen Hand koordinierte E-Identität, das Recht auf die Verwaltung und Kontrolle der eigenen Daten sind nur einige Stichworte zu den Lösungsansätzen. Das Datenschutzrecht muss strenger werden, und zwar

auf internationaler Ebene. Hier steht in der Schweiz in den nächsten Monaten die Diskussion des Entwurfs für die Datenschutzgesetzrevision an, während der die Stimme der Grünen dringend benötigt wird.

Und, erinnern wir uns an die gemeinsamen Wurzeln der Grünen und der Open-Source-Bewegung: Durch Kollaboration und das Teilen von Wissen und Informationen das Bestmögliche herausholen und die Menschheit weiterbringen. Ein Gedanke, dem durch die Förderung von Open-Source-Software bei der öffentlichen Hand wieder vermehrt nachgelebt werden soll. Und der genau gleiche Gedanke steht hinter den Debattentagen. Zusammen weiterdenken, auch wenn am Schluss immer noch viele Fragezeichen stehen.

Nun finden die diskutierten Themen, Ideen und Massnahmen erst mal den Weg in die Geschäftsleitung der Grünen Schweiz. Bis wir die Menschheit mit den diskutierten Ideen und Lösungen weitergebracht haben werden, ist es noch ein langer Weg. Aber der Mut ist gefasst und die Lust geweckt, mit Grünen Ideen den digitalen Wandel mitzugestalten.

Rahel Estermann
AG Digitalisierung



«Mensch-Tier-Roboter»! Illustration: Nishant Choksi

HERAUSFORDERUNG DIGITALE WELT

WENN MINDERHEITEN ZU MEHRHEITEN WERDEN

Was hat digitale Kommunikation, Netzwerköffentlichkeit und Robotertechnologie mit Minderheiten, Speziesismus und Demokratie zu tun? Die Antwort ist: «sehr viel»!

Die Konkordanz-Demokratie der Schweiz kennt, im Gegensatz zu anderen demokratischen Modellen, einen ausgeprägten Minderheitenschutz. Die Tyrannei der Mehrheit soll verhindert werden. Provokativ formuliert bedeutet dies, dass Minderheiten in der Schweiz Politik bestimmen.

Die digitale Kommunikation wiederum hat eine ähnliche Tendenz. Denn auch sie politisiert eine Bevölkerung, die nicht zwangsläufig repräsentativ ist und favorisiert Gruppen, deren politische Inhalte besonders geeignet sind digital transportiert zu werden.

Eine Erhöhung des deliberativen Elementes durch soziale Medien und durch das Internet bedeutet nicht ein mehr an demokratischer Qualität. Im Gegenteil! Politische Gesellschaften brauchen eine gemeinsame Vorstellung davon, wie sie sich formieren und wohin sie sich entwickeln wollen. Die digitale Kommunikation allerdings führt erstmals weg von alten Institutionen. Die Willensbildung findet im Internet statt und Kompromisse sind nicht erwünscht. Zudem umgehen sogenannte Bots ebenso das deliberative Element vollkommen. Noch ist der moderne Wähler kein Weltbürger, ohne Zweifel jedoch ein Mitglied des öffentlichen Netzwerkes. Wahrscheinlich ist er mehr ein Bürger dieses Netzwerkes als ein Bürger des Nationalstaates. Die Netzöffentlichkeit hat, wie jede Zielgruppe, eine Funktionslogik. Sie bevorzugt emotionalisierende Bilder und tendiert dazu, Minderheiten zu scheinbaren Mehrheiten anwachsen zu lassen. Der deutsche Wahlkampf hat gezeigt, wie «Flüchtlinge» Politik gemacht haben. Auch die Performance des US-amerikanischen Postfaktikers repräsentiert die Macht einer Minderheit, die den Klimawandel negiert und niemals krank wird, respektive ein staatliches Krankenversicherungssystem nicht zu brauchen scheint.

In einer Politik der bebilderten Emotionen haben Tiere ihren festen Platz. Sie sind Sympathieträger und Botschafter politischer Information. Ihre mediale Schlagkraft, in Vermengung mit bildhafter Formulierung und vor allem in Bezug gesetzt zum Schicksal politischer Minderheiten, hat der missglückte Vergleich des Grünen Nationalrates kürzlich vor Augen geführt.

Der Eisbär auf der Eisscholle, das eingepferchte Schwein im Tiertransporter oder der hilflose Orang-Utang nach der Waldrodung, sind erfolgreiche Kommu-

nikatoren einer Gesellschaft im digitalen Wandel. Tiere ersetzen zunehmend Frauen und Kinder auf den Plakattwänden und den Werbefenstern. Gleichzeitig, wie der Vergleich des Menschen mit dem Tier auf der einen Seite abwertend und politisch inkorrekt ist, nimmt sich der Mensch das Tier in einem anderen Kontext, um mit ihm seine Botschaft zu transportieren. Der Politiker mit tierischem Kopf, der für eine politische Minderheit spricht, ist ein schlagendes Beispiel hierfür!

Robotertechnologie, künstliche Intelligenz oder persönliche Filterfunktionen im Internet drängen uns aber immer mehr zur Solidarität mit unseren nicht-menschlichen Mitbewohnern. Auch sie sind betroffen! Das internationale Recht kann als Beispiel dazu dienen, weshalb es sich lohnt, speziesistisches Grenzdenken gegen eine biotechnizistische Abgrenzung einzutauschen. Der im internationalen Recht am meisten zitierte Grundpfeiler ist die «human dignity». Das chauvinistische Konzept der menschlichen Würde ist sowohl wissenschaftlich als auch philosophisch haltlos. Um den Anspruch des Rechts, multikulturell und wissenschaftlich zu sein, geltend zu machen, darf sich das internationale Recht nicht auf eine metaphysische Basis stellen. Die mensch-

liche Dominanz über Tiere und Pflanzen ist geprägt durch ein jüdisch-christliches Weltbild, während sich der Hinduismus weitgehend davon unterscheidet.

Die Grenzziehung zwischen Natur und Recht, respektive der Anspruch, das Recht über die Natur zu stellen, birgt das Dilemma des Sozialdarwinismus. Die Beobachtungen Darwins beschreiben nicht ein natürliches Gesetz des Stärkeren, wie es Hobbes interpretiert. Darwin beobachtete vielmehr eine interdependente Welt, die den Menschen ebenso umfasst. In gleicher Weise ist unser Verständnis von Demokratie nicht absolut. Demokratie hat über fünfhundert verschiedene Namen. Unser Verständnis von Demokratie ist dementsprechend umfangreich. Die Tradition des Vergleiches zwischen menschlichen- und nicht menschlichen Gesellschaftssystemen ist zweitausend Jahre alt. Machiavelli vergleicht politische Führer mit Füchsen und Löwen. Aristoteles schafft Analogien zum Staat der Honigbienen. Die Frage, wie exklusiv menschlich Demokratie ist, ist nicht zu beantworten. Indem wir Analogien schaffen und uns mit nicht-menschlichen Wesen vergleichen, verändern wir die Idee von Demokratie. Es ist nicht selten hilfreich, jenseits der eigenen Art nach Lösungen menschlicher Probleme zu suchen. Wieso sollen wir dies nicht auch hinsichtlich politischer Entwicklung tun? Demokratie wird nicht genetisch vererbt. Wenn Demokratie nicht alleine menschlich ist, können wir sie in evolutivem Ausmass sehen. An dieser Stelle ist auf Laurence Withheads Ausspruch zu erinnern, das Konzept der Demokratie mit Analogien aus Biologie und Wissenschaft zu bereichern. Die technologische Entwicklung der Gegenwart ist ein weiterer evolutiver Schritt mit dem sich die Gesellschaft und mit ihr das politische System mit dem sie sich organisiert, verändert. Zum einen verwässern die Grenzen zwischen dem Menschen und der Maschine immer mehr. Indem Organisches und Anorganisches in der Medizin immer mehr verwachsen, verändert sich die Selbstwahrnehmung des Menschen dermassen grundlegend, dass man beinahe von einer neuen Spezies Mensch als Hybridwesen reden könnte.

Politische Begriffe und Konzepte auf Tiere anzuwenden ist nicht absurder als autonome Roboter in die Pflicht der Menschenrechte zu nehmen. Im Gegensatz zu Tieren verhalten sich Maschinen nach Programmen, die wir ihnen implantieren. Während wir das tun, müssen wir uns, mit wohl nie dagewesener Intensität, mit den Themen der Philosophie, der Moral, der Ethik und der Empathie auseinandersetzen. Nicht nur Menschen verwachsen zunehmend mit der Technik, sondern auch nicht menschliche Wesen sind diesen Prozessen unterlegen, denen wir sie aussetzen. Mit Sendern, Kameras und dem Internet lernen wir die Sprache der Zugvögel, der Wale, der Menschenaffen und anderer Lebewesen zunehmend kennen, indem wir ihre Körpersprache und ihre Stimmen mit ihrem Verhalten abgleichen. Damit gewinnen nicht menschliche Lebewesen eine Fähigkeit,

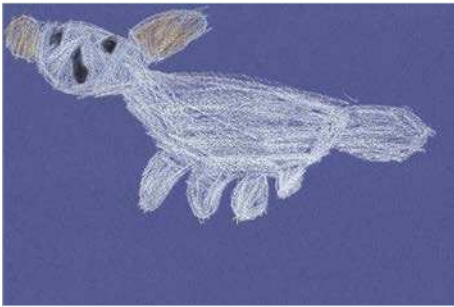
auf Grund deren Fehlens wir sie über Jahrtausende als «nicht politisch» definiert haben.

Der Kunstgriff, politische Konzepte auf Tiere anzuwenden wäre auch ohne deren Sprachfähigkeit nicht unrealistisch. Den kanadischen Politphilosophen Will Kymlicka und seiner Frau Sue Donaldson ist es mit ihrem Buch Zoopolis kürzlich gelungen, Konzepte wie Bürgerrechte, Aufenthaltsrechte und vor allem den Begriff der Souveränität auf tierische Gemeinschaften auszuweiten.

Die Autoren teilen die Welt der Tiere nach den Kategorien «wilde Tier», «domestizierte Tiere» und «Schwellenbereichstiere» ein. Dass Tiere keine homogenen Gemeinschaft bilden ist offensichtlich. Sie anhand ihres Lebensraums zu differenzieren und nicht nur anhand pathologischer Fähigkeiten ist überzeugend, da der Besitz eines Lebensraumes wohl ihr Grundrecht ist, ebenso die Möglichkeit sich diesen Auszusuchen und sich vielleicht gar dem Menschen anzuschliessen.

Christine Rüedi gründete vor genau zwanzig Jahren eine Tierethikschule in Allschwil bei Basel, deren Trägerorganisation die «Stiftung Mensch und Tier» ist. Die Schule ist umgeben von einem grösseren Gelände, auf dem verschiedene Tiere leben. Ein Ziel von Christine Rüedi ist es, sogenannte Nutztiere aus ihrer Verwendungszweck-Gebundenheit herauszuführen und Kindern Empathie im Umgang mit nicht-menschlichen Wesen zu lehren. «Um von Tieren zu lernen, respektive sie zu verstehen, müssen wir einen Schritt auf sie zugehen und die biographischen Konditionierungen hinterfragen, die unsere Wahrnehmung und unsere Meinung von ihnen willkürlich trüben. Indem wir sie zeichnen, lernen wir sie zu beobachten und ihr Wesen zu erkennen. Das ist etwas vollkommen Anderes, als sie mit dem Smartphone zu fotografieren. Die Speziesismus-Debatte läuft Gefahr, jeglichen Individualismus zu übergehen. Ein Tier ist jedoch, wie ein Mensch, in erster Linie auch ein Individuum. Daher sollten wir sie auch als solche erfassen und nicht als Massenware, nicht einmal nur als Art. Speziesismus macht nur dann wirklich Sinn, wenn wir erkennen, dass ein Kind in eine menschliche Gemeinschaft hineingeboren wird und wir deshalb auch menschliche Verpflichtungen ihm gegenüber haben. Empathie und Verantwortung zu lehren gehören dazu. Und vor allem sollten Kinder nicht in alte Muster gezwängt werden. Sie müssen frei sein, die Welt mit ungezwungenen Augen zu sehen.» Auf persönliche Art illustrieren die Kinderzeichnungen des Schulungshundes «Babu», wie individuell sein Wesen von den Kindern gesehen und erfasst wurde. Jegliche Beschreibung der Zeichnungen wäre ein Versuch sie, nach vorgefassten Mustern, zu kategorisieren. Das soll hier nicht gemacht werden! Stattdessen sollen sie die Relativität der Realität verdeutlichen. Ebenso relativ ist es mit der Demokratie!

Philippe Goeldin
Politikwissenschaftler



4 Jahre



7 Jahre



6 Jahre



Babu, 11 Jahre



5 Jahre



6 Jahre



4 Jahre



5 Jahre

GRÜN GEWINNT AN BODEN

68 % der Luzernerinnen und Luzerner stimmten am 24. September Ja zum Reglement über die Abgabe von stadteigenen Grundstücken. Sie sagten somit ja zum Gegenvorschlag zur Grünen Bodeninitiative. Dies ist ein überzeugender Erfolg für die Grünen der Stadt Luzern. Denn der Gegenvorschlag griff den grössten Teil unserer Initiativen-Forderungen auf, so dass die Grünen im Juli 2017 die Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlags zurückzogen.

Das sehr gute Resultat kam Dank dem grossen Einsatz der Kampagnengruppe zu Stande. Diese unterstützte den Abstimmungskampf mit dem informativen «Stadtblatt», Standaktionen, einem Podium und einer Flyeraktion. Zudem initiierten die Grünen ein überparteiliches Komitee mit den Jungen Grünen, SP und Juso, der GLP, dem Hausverein Zentralschweiz und dem Mieterinnen- und Mieterverband.

Das sehr gute Abstimmungsresultat zeigt: Mehr als 2/3 der Luzernerinnen und Luzerner teilen das Anliegen unserer Grünen Partei. Die Bevölkerung von Luzern will Boden behalten und Luzern gestalten – ein wichtiges Zeichen für die Luzerner Kulturlandschaftsinitiative, bei der die Grünen im Komitee aktiv sind. Aber auch für die nationale Zersiedlungsinitiative. Zu hoffen bleibt zudem, dass weitere Grüne Ortsparteien dem Erfolgsbeispiel von Emmen und Luzern folgen.

Rebekka Bolzern



STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

OMBUDSSTELLE

Die Ombudsstelle der Stadt Luzern hatte bisher den Auftrag, für die Bewohner und Bewohnerinnen eine unabhängige und niederschwellige Anlaufstelle zu sein, v.a. für Beanstandungen gegen den Stadtrat und das städtische Personal oder Verwaltungsentscheide.

Neu wird sie auch Anlaufstelle für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, wenn diese Missstände in der Verwaltung melden wollen, von denen sie denken, dass eine interne Lösung nicht zu finden ist, eine sogenannte Whistleblowing-Stelle. (Dies wird im Personalreglement geändert und wir stimmen nicht darüber ab).

Neu ist auch, dass das städtische Personal nach einer erfolglosen Vermittlung durch die Dienstabteilung Personal die Möglichkeit hat, sich an die Ombudsstelle zu wenden. Bisher mussten sich die Betroffenen zwingend zuerst noch bei der internen Schlichtungsstelle melden, bevor sie sich an die Ombudsstelle oder ans Gericht wenden konnten. (dies wird in der GEO Art. 53a geändert und daher stimmen wir darüber ab).

Wir Grünen sehen diese Erweiterung der Ombudsstelle als positive Entwicklung. Konflikte mit der Verwaltung oder am Arbeitsplatz sind belastend. Eine unabhängige Stelle kann vermitteln, den Blick wieder öffnen und so zusammen mit den Betroffenen Lösungen erarbeiten, die vorher bedingt durch den Konflikt, nicht mehr möglich waren. Die bisherige Arbeit der Ombudsstelle zeigt, dass so Lösungen gefunden werden und viel Frust zeitnah abgefangen und geklärt werden kann.

Daher sagen wir JA zur Änderung der Gemeindeordnung Art. 53a.

Katharina Hubacher
Grossstadträtin Luzern

**Änderung der
Gemeindeordnung
Art. 53a**



*Vorschlag der Fraktion

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

DIE GRÜNEN SIND FÜR DAS NEUE STAFFELNSCHULHAUS UND STIMMEN DEM AUSFÜHRUNGSKREDIT VON 53,7 MIO ZU.

Aufgrund von zu hohen Schadstoffbelastungen in den Innenräumen haben Stadtrat und Parlament 2015 entschieden, das bestehende Staffelschulhaus abzureissen und als Kindergarten- und Primarschulhaus neu zu bauen. Das neue Staffelschulhaus überzeugt. Mit dem nun vorliegenden Projekt kann die Stadt Luzern ein neues Schulhaus bauen, welches den aktuellsten pädagogischen Anforderungen entspricht und so eine zeitgerechte Volksschule ermöglicht. Die Anordnung der Schulzimmer, in der Art von kleinen Schulhäusern im grossen, ermöglicht, trotz der grossen Dimension des Schulhauses eine kleine Struktur und Vertrautheit. Der attraktiv gestaltete Pausenplatz wird in Zukunft auch eine wichtige Rolle als öffentlicher Raum im Quartier einnehmen. Kritisch sehen die Grünen jedoch die Betreuungsmöglichkeiten. Aktuell ist nur für einen Drittel aller Schülerinnen und Schüler ein Betreuungsplatz vorhanden. Die Fraktion der Grünen fordert deshalb den Stadtrat bereits heute auf, zu gegebener Zeit zu überprüfen, ob die zusätzlich geplanten Klassenzüge

wirklich im vorgesehenen Erweiterungsbau realisiert werden sollen, oder ob dieser Platz doch besser für Betreuungsplätze genutzt werden kann.

Korintha Bärtsch
Grossstadträtin Luzern

**Ausführungskredit
neues Staffelschulhaus**



*Vorschlag der Fraktion

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG

HRM2: MEHR SPIELRAUM BEIM KAUF VON GRUNDSTÜCKEN

Bei der Einführung des neuen Rechnungsmodells HRM2 wird die städtische Rechnungslegung so angepasst, dass die Gemeinden untereinander ihre Zahlen vergleichbarer darlegen. Effektiv ändert wenig, weil aber die Gemeindeordnung (sozusagen die städtische Verfassung) geändert werden muss, kommt es zur Volksabstimmung. Die erweiterte Kompetenz des Stadtrats beim Kauf von Grundstücken ist der wohl interessanteste Teil der Vorlage. Die Grünen unterstützen dies, um die Umsetzung einer aktiven Bodenpolitik zu ermöglichen.

Bei der Vorlage zum harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2) geht es um eine komplexe Kiste, die Auswirkungen auf die Finanzpolitik der Stadt Luzern



«Rechnungslegung» vor dem Luzerner Rathaus nach dem Mittagessen

hat. Es wird damit aber keine Revolution gestartet: Die meisten Prozesse bleiben gleich oder werden so angepasst, dass mit Ausnahme der Verwaltung und der Parlamentsmitglieder kaum jemand die Änderungen bemerken wird.

Hauptsächlich wird die verbreitete Praxis «True and fair view» aus der Privatwirtschaft in die Verwaltung übernommen. Zwar muss betont werden, dass der Staat nicht mit der Privatwirtschaft verglichen werden soll, die verbesserte Transparenz ist aber dennoch sinnvoll. Neu werden auch alle städtischen Aufgaben mit sogenannten Globalbudgets geführt, das heisst, dass innerhalb der Aufgaben eine grössere Freiheit bei der Verwaltung besteht.

Etwas zu diskutieren gaben Budgetierungsvorgaben, speziell beim sogenannten Selbstfinanzierungsgrad. Die Grünen haben sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Spielraum für nötige Investitionen, gerade in Ausnahmejahren, grösser bleibt.

Die wohl einzige kontroverse Diskussion zur Volksabstimmung vom November betrifft die Kompetenz des Stadtrats beim Kauf von Liegenschaften. Die Grünen haben aus demokratiepolitischen Gründen eine unbeschränkte Kompetenz des Stadtrats beim Immobilienkauf abgelehnt. Dass der Stadtrat nun neu bis CHF 30 Millionen selber entscheiden kann, ist aber nötig, um Gelegenheiten für den Kauf von passenden Grundstücken wegen den oftmals kurzen Fristen nicht zu verpassen. Trotzdem bleibt eine klare Limite: Käufe über 30 Millionen erfordern weiterhin eine Volksabstimmung. Damit kann der Stadtrat die von den Grünen geforderte aktive Bodenpolitik mit mehr Kompetenzen vorantreiben, ohne aber eine vollständige carte blanche bei Grundstücksgeschäften zu erhalten.

Christian Hochstrasser
Grossstadtrat
Mitglied der Geschäftsprüfungskommission

Einführung HRM2:
Änderung der
Gemeindeordnung

*
JA

*Vorschlag der Fraktion

30 JAHRE GRÜNE LANDSCHAFT

GRÜNER ESSEN - JUBILÄUMSVERANSTALTUNG GRÜNE WILLISAU



Ein anregender Abend zum Thema Ernährung und solidarische Landwirtschaft mit der Autorin und Redaktorin Bettina Dyttrich, Infomarkt und Barbetrieb.

Am Mittwoch, 15. November 2017 ab 19.30 Uhr, Rathaus Willisau feiert die Orts- und Wahlkreisgruppe Willisau im Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen 30 Jahre Grüne Landschaft. Wir stellen das Thema faire Ernährung regional und weltweit in den Fokus. Bettina Dyttrich, Redaktorin der WOZ und Autorin des Buches «Gemeinsam auf dem Acker», spricht zum Thema «Solidarische

Landwirtschaft und Agrarpolitik». Beim anschliessenden Infomarkt stellen ProduzentInnen, VermarkterInnen und AktivistInnen regionale und weltweite Projekte und Initiativen vor. Dabei werden die Vernetzung und der Austausch gefördert, Hintergründe und Informationen vermittelt und neue Wege und Möglichkeiten aufgezeigt.

Die Grünen Willisau freuen sich auf viele Interessierte und anregende Diskussionen.

Esther Müller
Präsidentin Grüne Willisau

Infomarkt

NaturGut Katzhof	Richenthal	Solidarische Landwirtschaft, Gemüsetaschen
Homatt Kulturgärtnerei	Ruswil	Bio und Pro Spezie Rara Pflanzen
Rein Bio Hof und Gebana	Grossdietwil und Zürich	Gemüseabo, «Weltweit ab Hof»
Wendy Peter	Willisau	Ökobewegung weltweit, Bioforum Schweiz
Biohof Wellberg	Willisau	Rinder und Wasser
Schöki bioburn	Zell	Solidarische Schokolade
Chrutose	Napf	Biohof Pro Spezie Rara, Solidarische Landwirtschaft
Longo mäi - Europäisches BürgerInnenforum	Jura	Monsanto Tribunal und Aktionen rund ums Saatgut
Jules Rampini Stadelmann	Luthern	Landwirtschaft als Handwirtschaft
Bio und Holz	Willisau	Biohof und Rundholzbau
sprossensamen.ch	Reiden	naturwerker gmbH
Junge Grüne Luzern	Kanton Luzern	food waste Aktion
Rusticus	Hüswil	Permakultur
Offene Plattform

30 JAHRE GRÜNE LUZERN

IMPRESSIONEN UND JUBILÄUMSHÖHENFLÜGE



Bilder: Ruth Bollinger



Bilder: Antonia Meile



VELOLOVE

ERSTE KAMPAGNE DER AG-CAMPAIGNING

Im letzten Winter hat sich neben unserer schon bestehenden AG-Aktionen eine zweite Arbeitsgruppe gebildet. Die Früchte eines fleissigen Halbjahres ernteten wir nun diesen Herbst. Lanciert von der neu gegründeten AG-Campaigning, starteten wir Anfang September einen Kampagnen-Monat zum Thema Velolive. Unter diesem Namen führten wir verschiedene kleinere und grössere Aktionen durch.

Am 4. September gaben wir den Startschuss mit einer Medienmitteilung und dem Verbreiten des ersten Videoclips. Im Verlauf des Septembers folgten alle fünf Tage der nächste der insgesamt sechs Filme. Unsere Velos sind unsere Partner und Partnerinnen und spielen eine wichtige Rolle in unserem Leben. Um dies zu verdeutlichen, produzierten wir Kurzestfilme, die auf humor- und gefühlvolle Weise zeigen, wie das Velo uns alle durchs Leben begleitet. Mit diesen Filmen überfluteten wir verschiedene Social Media Plattformen wie Facebook und Instagram. Sie sind auch alle auf Youtube zu finden. Zur Ergänzung der Filme folgte jeden zweiten Tag ein kleiner Fakt, der verdeutlicht, welche Vorteile das Velofahren bringt. Wie zum Beispiel, dass 900 Millionen Liter Treibstoff jährlich durch die mit dem Velo zurückgelegten Strecken gespart werden.

Passend zum Thema besetzten wir am 15. September, dem weltweiten «Parking Day», einen Autoparkplatz an der Bahnhofstrasse mit Velos. Die Aktion mit dem Titel «Parkplatz sparen - Velofahren» sollte allen den enormen Platzverschleiss von Autos auf öffentlichem Grund vor Augen führen und zeigen, wie viel besser wir diesen Raum nutzen könnten.

Um das Ganze etwas spielerischer anzugehen, ist seit Anfang September eine Dating-Website aufgeschaltet, auf der man sich ohne Anmeldung Velos in seiner Nähe anschauen und diese mit einem «Like» oder «Nope» betiteln kann. Was passiert, wenn das auserwählte Velo auch auf Dich abfährt, kannst Du auf www.velo-love.ch ausprobieren.

Vielen Dank fürs Velofahren

Wir wollten uns bei all jenen bedanken, die die Wichtigkeit des Velos erkannt haben, und bestückten in zwei Verteilaktionen die Velos in der Stadt Luzern mit Dankesbändeli und einem Sugas. Viele wurden sogar mit einem Velolive-Sattelabdecker beglückt.

Text: Johanna Küng



ABSCHIED MARCO MÜLLER

MARCO MÜLLER DEMISSIONIERT ALS PRÄSIDENT IM STÄDTISCHEN VORSTAND



Marco Müller kam – wie ein frischer Wind – ursprünglich aus dem Entlebuch und engagierte sich in der Arbeitsgruppe Verkehr; das war vor bald 9 Jahren. Mit Elan legte er sich ins Zeug, als es darum ging, die Initiative für den Tiefbahnhof Luzern zu erarbeiten, zu lancieren, Unterschriften zu sammeln und einzureichen. Interessiert verfolgte er alle laufenden Geschäfte. Im Herbst 2012 übernahm er das Präsidium von Christian Hochstrasser.

Unter seinem Präsidium standen Wahlen an und es galt die überparteiliche Initiative für den Erhalt der Zentralbibliothek zu initiieren, zu koordinieren und zu begleiten. Marco setzte sich in einer Arbeitsgruppe mit den Bodenrechten der Stadt auseinander, blieb am Thema und pushte die Boden-Initiative, die in Gestalt eines Reglements im September zur Abstimmung gelangte. Die Zustimmung mit 69 % Ja-Stimmen, welche eine massive Verschärfung beim Bodenverkauf schafft, zeigt Marco's guten politischen Riecher. Zudem gelang es ihm, die – bei den Grünen kontrovers diskutierte – Auslagerung der städtischen Heime zu moderieren und zu begleiten.

Marco kam unverbraucht zu den Grünen, er hatte eigene Meinungen, agierte schnell und sprach unbequeme Themen an, – z.B. das 1. Mai-Ritual auch am Sonntag.

Das provozierte. Doch Marco war zur Konfrontation bereit, hörte zu, verstand andere Positionen, ohne dass er sich einfach zurücknahm. Marco ist mehr als grün; – bunt eben. Das passt zu uns.

Wie ist es Marco gelungen, die vielen politischen Prozesse nebeneinander vorbeizu jonglieren ?

Von seiner Arbeit und von seiner Ausbildung her brachte Marco Führungserfahrung mit. Er hörte neugierig zu, brachte neue Themen ein und arbeitete sich – step by step – vor, um das Begonnene umzusetzen. Marco arbeitete umsichtig und sorgte für eine offene und freundliche Stimmung im Vorstand. Zugewandt und trotzdem zielgerichtet lotete er unterschiedliche Meinungen aus, führte diskursive Diskussionen auf den Punkt und verfolgte gefundene Fährten klar und deutlich in die entsprechende Aktion. Marco kam immer top vorbereitet zur Sitzung; er arbeitete konsequent lösungsorientiert. Marco verlor auch in hektischen Zeiten nie die Nerven. Die Mitarbeit im Vorstand war unter seiner Führung motivierend und einfach «gfreut». Doch Marco forderte auch Mitarbeit ein, verteilte Aufgaben und fragte nach, wenn diese auf der Strecke blieben.

Marco hat als Präsident viel gestaltet, Vieles umgesetzt und in der einen oder andern Auseinandersetzung auch mal eingesteckt.

Marco, nimm' ganz herzlichen Dank für dein Engagement im städtischen Vorstand.

Möge Dir in der Arbeit im Grossen Stadtrat Dein Durchhaltewillen und Dein langer Atem erhalten bleiben.

Agatha Fausch
ehemalige Grossstadträtin und Vorstandsmitglied
Grüne Stadt Luzern

Die Findungskommission – Martin Abele, Korintha Bärtsch, Agatha Fausch, Edith Lanfranconi, Heidi Rebsamen – ist auf der Suche nach einer neuen Präsidentin oder einem neuen Präsidenten.

BIST DU INTERESSIERT ?

Melde Dich – so rasch als möglich – bei einem dieser Mitglieder.

ORTSGRUPPE EMMEN

DARAUF KÖNNEN WIR AUFBAUEN

Der Landverkauf des früheren Betagtenzentrum Herdschwand und die auf dieser Parzelle geplante neue Überbauung «Neuschwand» beschäftigen die Emmer Politik schon lange. Der bisher letzte Entscheid – zum Bebauungsplan Neuschwand – war dabei für die Grüne Fraktion im Emmer Einwohnerrat der schwierigste.

So haben wir Grünen uns von Anfang an gegen den Landverkauf gewehrt, der dann von der Emmer Stimmbewölkerung trotzdem knapp angenommen wurde. Dieser Landverkauf war auch der Auslöser für die erfolgreiche Emmer Bodeninitiative, die Landverkäufe durch die Gemeinde in Zukunft verhindert (die Abgabe im Baurecht oder ein Landtausch bleiben möglich). Damit ist dies der letzte Landverkauf der Gemeinde Emmen.

Wir Grünen waren auch gegen den Kredit zum vorzeitigen Abriss des Betagtenzentrums Herdschwand durch die Gemeinde Emmen. Wir finden, dass die Gebäude erst NACH dem definitiven Entscheid zur neuen Überbauung abgerissen werden dürfen. Sonst wird dieser (Volks-)Entscheid vorweggenommen. Zudem sehen wir nicht ein, warum die Gemeinde mit ihren knappen Finanzen 1.5 Millionen für den Abriss zu Gunsten des späteren Investors vorfinanzieren soll.

Dazu kommt, dass in Emmen momentan eigentlich schon genug gebaut wird und die Gemeinde den Bau-boom nicht noch zusätzlich pushen sollte.

Es gäbe also einige Gründe, um auch den Bebauungsplan für die Neuschwand-Überbauung abzulehnen.

Auf der anderen Seite finden wir die Lage der Parzelle eigentlich ideal für eine Wohnüberbauung. Sie liegt sehr zentral und ist vor allem durch den ÖV optimal erschlossen: Die Bushaltestelle (Emmen Center) und der Bahnhof Emmenbrücke liegen fast vor der Haustür. Und eine verdichtete Überbauung im Zentrum ist auf jeden Fall viel besser, als noch mehr Land «auf der grünen Wiese» zu überbauen.

Und «last, but not least» hat der bürgerlich dominierte Emmer Einwohnerrat bei diesem Bebauungsplan endlich zeitgemässen Energievorgaben zugestimmt, nachdem wir mit dem gleichen Anliegen bisher bei allen Bebauungsplänen (Seetalplatz, Viscosetadt etc.) immer gescheitert sind. Dank unseren Anträgen – und der Tatsache, dass die Bürgerlichen dieses Projekt unbedingt realisieren wollen – haben wir erreicht, dass nun für die Neubauten die strengen Energiestandards Minergie P oder Minergie A vorgeschrieben sind und die Überbauung ans Fernwärmenetz angeschlossen werden muss.

Damit gab es für die Grüne Fraktion auch viel, das für den Bebauungsplan spricht. Wir haben schlussendlich mehrheitlich Ja gestimmt. Ein entscheidender Punkt dabei war, dass wir mit den weitergehenden Energiestandards einen «Präzedenzfall» für Emmen haben werden, auf dem wir hoffentlich aufbauen können. Auf der anderen Seite ist der Landverkauf sicher kein Präzedenzfall, sondern sowieso der letzte der Gemeinde Emmen.

Patrick Graf
Einwohnerrat Emmen

ORTSGRUPPE BEROMÜNSTER

ERSTE GRÜNE ERFOLGE

Kurz nach der Gründung, an ihrer ersten Gemeindeversammlung im Juni, konnten die Grünen Beromünster bereits erste Akzente setzen. Mit ihrem Antrag zum Geschäft Erweiterung Deponiezone Saffiental, gelang es den Grünen Beromünster, 10% der zusätzlich Deponieabgaben an die Gemeinde für einen zweckgebundenen und neu zu schaffenden Umweltfonds festzulegen.

Über eine Zeitdauer von 15 Jahren werden nun jährlich Gelder von ca. 35'000 Fr. für Umweltprojekt in der Gemeinde Beromünster sichergestellt. Idealer Zeitpunkt auch, um erneut die zu schaffende Umweltkommission zu fordern.

Julian Büchler

ORTSGRUPPE SURSEE

PORTRÄT SAMUEL ZBINDEN



Samuel Zbinden aus Sursee ist seit Anfang Kalenderjahr 2017 Mitglied bei den Jungen Grünen. Er wurde am 15. Januar 1999 geboren und hat im Sommer 2017 die Matura mit dem Schwerpunktfach Musik an der Kantonsschule Sursee absolviert. Für das Schwerpunktfach Musik hatte er sich seinerzeit entschieden, weil er gerne Keyboard spielt.

Schon früh machte sich Samuel Gedanken, Mitglied einer Jungpartei zu werden. Er war sich aber lange nicht sicher, welcher er sich anschliessen sollte. Schliesslich entschied er sich für die Jungen Grünen, weil er sich mit diesem Programm am besten identifizieren kann.

Als Neumitglied ist er sowohl bei den Jungen Grünen in Luzern als auch in der Ortsgruppe Sursee tätig. In Luzern hilft er bei Unterschriften-Aktionen und bei

verschiedenen Arbeitsgruppen – die teils auch auf nationaler Ebene tätig sind – mit. In Sursee unterstützt er Andreas Hofer, die Strukturen der Ortsgruppe zu festigen (unter anderem Bildung eines Vorstandes) sowie weitere neue Mitglieder zu werben.

Wenn er den Sprung in den Kantonsrat schaffen würde, würde er sich für Massnahmen gegen die aktuelle Sparpolitik einsetzen. Bereits diesen Frühling war er Mitorganisator an einer Demo gegen die Sparmassnahmen im schulischen Bereich. Weiter sagt Samuel, dass der Kanton Luzern im Veloverkehr eine Vorreiterfunktion übernehmen sollte. Darum würde er sich als Kantonsrat auch für den weiteren Ausbau und die Sicherung von Velowegen einsetzen.

Ein literarischer Text, der ihn sehr beeindruckt hat, heisst «The Sniper» und wurde von Liam O'Flaherty geschrieben. Die Geschichte spielt in Irland zur Zeit des Bürgerkriegs und handelt von zwei Soldaten, die sich bekämpfen und anschliessend erfahren, dass sie Brüder sind. Die Botschaft dieses Textes lautet, dass sich Differenzen auch durch Familien graben können, und dies hat sich Samuel deutlich eingeprägt. Wir alle wissen, dass es das Szenario dieses Romans zu verhindern gilt.

Wenn Samuel nicht gerade politisch aktiv ist oder musiziert, ist er bei der Jungwacht tätig. Nach Abschluss des Zivildienstes möchte er Sozialwissenschaften in Bern studieren.

Fabio Banz

— ANZEIGE —

ab Mi _ 1. November

**ULTIMOS DIAS
EN LA HABANA**

von Fernando Perez

5. _ 8. _ 19. November

**LUMIÈRE!
L'AVENTURE COMMENCE**

von Louis Lumière & Thierry Frémaux

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm _ www.stattkino.ch

9. bis 15. November **PINKPANORAMA 2017**
www.pinkpanorama.ch

s t a t t k i n o

ab 16. November

**GOD'S
OWN COUNTRY**

von Francis Lee

ab 23. November

**WALTER PFEIFFER –
CHASING BEAUTY**

von Iwan Schumacher

7. Dezember _ PREMIERE & GESPRÄCH

KINDER MACHEN

von Barbara Burger

ab 8. Dezember

KONGO TRIBUNAL

von Milo Rau

ab 21. Dezember

**HAVE
A NICE DAY**

von Liu Jian

ab 21. Dezember

NOCES

von Stephan Streker

ab 11. Januar 2018

RADIANCE

von Naomi Kawase

ab 17. Januar 2018

TATORT LUZERN

Mord und Totschlag im stattkino
von Leopold Lindtberg, Dominik Graf, Fritz Lang u.a.

[stattkino im Bourbaki Panorama Luzern](http://stattkino.ch) _ **Reservationen 041 410 30 60**

AGENDA



NOVEMBER

14. November 2017, 18.00 Uhr
Palaver, MAZ Murbachstrasse 3, Luzern
«Richtig ist, was mir gefällt...»,

15. November 2017, 19.30 Uhr
Ratshaus Willisau
«grüner essen»

18. November 2017 von 10.30 – 17.00 Uhr
Neubad (wir sind mit einem Stand vertreten)
Besser leben Festival

DEZEMBER

1. Dezember 2017, 20.00 Uhr
S-Trakt der Kantonsschule Alpenquai Luzern
Mitgliederversammlung
Junge Grüne Kanton Luzern

2. Dezember 2017
voraussichtlich
Foodwaste Aktion

4. Dezember 2017, 19.30 Uhr
Wirtshaus Wilder Mann Sursee
2. Grüne Runde

Nachdem die Grüne Runde im Oktober erfolgreich gestartet hat, findet Anfang Dezember bereits die zweite Runde statt. Themen sind unter anderem die Traktanden der Gemeindeversammlung vom 11. Dez. und unsere geplante Initiative. Ausserdem begrüssen wir Stadtrat Michael Widmer, der über die geplante Änderung der Gemeindeordnung informiert. Für mehr Infos: info@gruene-sursee.ch

15. Dezember 2017, 18.30 Uhr
Weinrausch Lounge
Dankbar

JANUAR

29. Januar 2018, 18.00 Uhr
Palaver, Kantonsgericht Luzern
«Die neue Lust am Strafen»

PAROLEN

STADT

Einführung HRM2: Änderung der Gemeindeordnung	JA*
Ausführungskredit neues Staffelschulhaus	JA*
Änderung der Gemeindeordnung Artikel 53a	JA*

*Vorschlag der Fraktion

Die definierten Parolen werden nach Redaktionsschluss der städtischen Mitgliederversammlung vom 24. Oktober 2017 gefasst und auf der Website der Grünen Luzern veröffentlicht

